



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Muslimische Verbände als wichtige Partner bei der Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung anerkennen und unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die muslimischen Verbände in Bayern grundsätzlich stärker in die Konzeption der Maßnahmen zur Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung einzubeziehen.

Konkret gilt es, die muslimischen Verbände als wichtige Partner anzuerkennen und ihre Bemühungen im Hinblick auf einen verstärkten gesellschaftlichen und interreligiösen Dialog zu unterstützen.

Nach dem Vorbild der nordrhein-westfälischen Fortbildungsreihe „Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und -botschafter“ soll deshalb – in enger Kooperation mit den muslimischen Verbänden – durch die Landeszentrale für politische Bildung auch in Bayern eine entsprechende Fortbildungsreihe entwickelt und angeboten werden.

Diese Fortbildungsreihe richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren muslimischer Glaubensgemeinschaften, die sich zu Demokratiebotschafterinnen bzw. Demokratiebotschaftern qualifizieren wollen.

Die Fortbildungsreihe verfolgt folgende Ziele:

- Stärkung der pädagogischen Kompetenz von geistlichen und nicht-geistlichen Akteurinnen und Akteuren in den Moscheegemeinden im Bereich der Demokratiebildung;
- Stärkung der Moscheegemeinden bei der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in Bezug auf den Integrationsprozess von jungen Musliminnen und Muslimen;
- Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung;
- Verhinderung des Einstiegs gefährdeter junger Musliminnen und Muslime in den Islamismus;
- Demokratisierung und De-Radikalisierung von extremistischen jungen Musliminnen und Muslimen.

Begründung:

Nicht zuletzt in der Reaktion auf die grausamen islamistisch motivierten Terroranschläge von Paris haben sich die muslimischen Verbände in Bayern sehr deutlich von den menschenverachtenden Motiven der Terroristen distanziert und in ihren Stellungnahmen ihr dialogorientiertes Selbstverständnis zum Teil eindringlich demonstriert. Beispielhaft zeigt sich dies an folgender Stellungnahme des Münchner Forums für Islam (MFI): „Wir rufen alle Muslime – Einzelne wie Organisationen – dazu auf, sich unter keinen Umständen mit Kriminellen zu identifizieren, deren Tun zu verteidigen oder zu verharmlosen. Muslime solidarisieren sich mit allen Opfern; wer auch immer, wo auch immer unter Gewalt und Vertreibung leidet. Wir wehren uns dagegen, dass der Hass aus anderen Regionen der Welt hierher gebracht werden soll, und arbeiten für ein friedliches Miteinander in Europa, wo wir zuhause sind.“

Trotz der zum Teil sehr klaren und vorbildlichen Positionierung bestehen bei der Staatsregierung aber offenbar noch immer Berührungspunkte hinsichtlich der Kooperation mit den muslimischen Verbänden und Moscheegemeinden in Bayern. So wurden diese bisher weder beratend noch konzeptionell in die Erarbeitung der Maßnahmen zur Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung einbezogen. Dies zeigte auch die Anhörung des Innenausschusses zur „Lage und Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung, insbesondere bei jungen Menschen“.

Dabei betonte der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) in seiner Stellungnahme zur Anhörung ausdrücklich die zentrale Bedeutung einer entsprechenden Einbindung: „Es benötigt auf muslimische Jugendliche und ihre Erfahrungswelt ausgerichtete Präventionsmaßnahmen, welche deren Resilienzfähigkeit und Dialogkompetenz zu fördern in der Lage sind. Zum einen sollte die Jugendhilfe nicht zuletzt durch muslimische Mitarbeiter und islamwissenschaftliche Erkenntnisse speziell auf muslimische Jugendliche ausgerichtete Konzepte entwickeln, zum anderen sollten im Umgang mit Jugendlichen erfahrene Imame und Moscheegemeinden in die Präventionsarbeit einbezogen werden, die zu den Betroffenen Vertrauen aufbauen.“

Andere Bundesländer haben das große Potenzial, das in der Stärkung und Einbeziehung der muslimischen Verbände bzw. Moscheegemeinden liegt, bereits seit einiger Zeit erkannt. So führte beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-West-

falen in Kooperation mit der Deutsch-Islamischen-Moschee-Stiftung eine Fortbildungsreihe mit dem Titel, „Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und -botschafter“ durch. An diesem Vorbild gilt es sich auch in Bayern zu orientie-

ren, um die muslimischen Verbände und die Moscheegemeinden als wichtige Partner anzuerkennen und als Verbündete im Einsatz für Demokratie und gegen Radikalisierung zu gewinnen.